

III- 147 der Beilagen zu den stenographischen Protokollen des Nationalrates
XIII. Gesetzgebungsperiode

9. Okt. 1974

B E R I C H T

DER ÖSTERREICHISCHEN DELEGATION ZUR BERATENDEN
VERSAMMLUNG DES EUROPARATES ÜBER DIE XXV.

SITZUNGSPERIODE

Die XXV. Sitzungsperiode umfaßt den Zeitraum vom 14. Mai 1973 bis zum 6. Mai 1974

... zerfiel in drei Teile (Plenarsitzungen):

1. Teil vom 14. bis 18. Mai 1973
2. Teil vom 25. September bis 2. Oktober 1973
3. Teil vom 21. bis 25. Jänner 1974

Franz Karasek hatte die Funktion eines Vizepräsidenten der Beratenden Versammlung des Europarates inne.

... den sechzehn Kommissionen der Beratenden Versammlung des Europarates hatten Österreicher folgende Funktionen:

Karl Czernetz als Präsident der Kommission für parlamentarische Beziehungen und Öffentlichkeitsarbeit und Vizepräsident der Sozialistischen Kommission;

Franz Karasek als Vizepräsident der Kulturkommission;

Leopold Goess als Vizepräsident der Wirtschaftskommission;

... den Fraktionen bekleidete Karl Czernetz die Funktion des Vorsitzenden der Sozialistischen Gruppe; Franz Karasek die des Vizepräsidenten der Christlich-Demokratischen Gruppe.

In der XXV. Sitzungsperiode waren folgende Abgeordnete zum Nationalrat und Mitglieder des Bundesrates Mitglieder der Beratenden Versammlung des Europarates:

... Teil der XXV. Sitzungsperiode:

... öffentliche Mitglieder:

Czernetz Karl

Goess Leopold

Karasek Franz

Reitner Alois

Ringler Stephan

Wörner Peter

Ersatzmitglieder:

Gratz Leopold

Hubinek Marga

Reichl Josef

Reinhart Karl

Scrinzi Otto

Withalm Hermann

- 2 -

2. Teil der XXV. Sitzungsperiode:

Ordentliche Mitglieder

Czernetz Karl
Fress Leopold
Karasek Franz
Leitner Alois
Radinger Stephan
Schneider Peter

Ersatzmitglieder:

Hubinek Marga
Luptowits Michael
Reichl Josef
Reinhart Karl
Scrinzi Otto
Withalm Hermann

3. Teil der XXV. Sitzungsperiode:

Ordentliche Mitglieder:

Czernetz Karl
Fress Leopold
Karasek Franz
Leitner Alois
Radinger Stephan
Luptowits Michael

Ersatzmitglieder:

Albrecht Anneliese
Hubinek Marga
Reichl Josef
Reinhart Karl
Scrinzi Otto
Withalm Hermann

Vorsitzender der Delegation: Franz Karasek

Stellvertreter: Karl Czernetz

Teil der XXV. Sitzungsperiode

Im Verlaufe des 1. Teiles der 25. Sitzungsperiode wurde Giuseppe De Mattei für ein weiteres Jahr zum Präsidenten der Versammlung und Sforza-Galeazzo Sforza für weitere fünf Jahre zum Stellvertretenden Generalsekretär gewählt.

Der österreichische Außenminister Rudolf Kirchschläger führte das Vorsitz im Ministerkomitee. In seiner Mitteilung an die Beratende Versammlung betonte Kirchschläger, daß es für Europa unvermeidbar sei, von der Introvertiertheit abzugehen, damit es wieder in eine tragende politische Rolle hineinwachse. Er meinte es dabei für wesentlich die Position des Europarates auf allen jenen Gebieten neu zu bekräftigen und zu festigen, in denen seine anerkannten Verdienste oder Möglichkeiten im Zusammenhang mit seinen flexiblen Arbeitsmethoden ihn zu einer unentbehrlichen und dauerhaften Ergänzung der Europäischen Gemeinschaften im Zusammenleben mit den anderen Staaten Europas macht.

Politische Debatte

Die Hauptthemen der Politischen Debatte, an der der Präsident des italienischen Ministerrats, Giulio Andreotti, der österreichische Außenminister, Rudolf Kirchschläger, der isländische Außenminister, Einar Augustsson und der Botschafter der Vereinigten Staaten in Frankreich, J.N. Irwin II, teilnahmen, waren die Neugestaltung der Beziehungen zwischen Europa und den Vereinigten Staaten, der Auftrag der europäischen Zusammenarbeit für Frieden, Fortschritt und Gleichgewicht und die wachsende Verantwortung Europas im politischen Leben.

Ferner hat die Versammlung ihre Mitglieder aufgefordert, eine gemeinsame Haltung dem internationalen Terrorismus gegenüber einzunehmen. In der Empfehlung 703 fordert die Versammlung die Regierungen der Mitgliedstaaten insbesondere auf, die Konventionen von Tokio, Den Haag und Montreal unverzüglich zu ratifizieren.

In bezug auf die politische Rolle nahm die Versammlung die Empfehlung 704 an, in der sie die Regierungen auffordert, den Europarat, der das größte westeuropäische Forum sei, als Instrument der Koordinierung und Konsultation zu benutzen.

Was die Beziehungen zu den Europäischen Gemeinschaften anlangt, so müsse die Abgrenzung der Tätigkeitsbereiche nach geographischen und methodischen Kriterien unter Wahrung hinreichender Flexibilität vorgenommen werden. Eine ständige, gut funktionierende Verbindung zwischen der Gemeinschaft und dem Europarat müsse auf ministerieller und parlamentarischer Ebene sowie zwischen den einzelnen Dienststellen des Generalsekretariats und der Kommission der Gemeinschaften hergestellt werden.

Zum Thema Ost-West-Zusammenarbeit wird in der Empfehlung der wichtige Beitrag hervorgehoben, den der Europarat - sobald es die politische Lage erlaubt - zur Anwendung der Ergebnisse der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa leisten kann.

Wirtschaftsdebatte

Es wurde eine Europäische Charta für Verbraucherschutz angenommen, in der die Grundrechte der Verbraucher festgelegt sind. Es steht dabei jedem Land frei, die entsprechenden Anwendungsbestimmungen zu erlassen, die ihm am angemessensten erscheinen. In Empfehlung 705 und Entschließung 543 forderte die Versammlung die Regierungen auf, zu einer Reihe prioritärer Punkte Maßnahmen zur Durchsetzung der Charta zu ergreifen, vor allem Verbraucherberatungsstellen einzurichten.

Das Problem der Fischereigrenzen Islands war eines der Themen der Wirtschaftsdebatte. Weitere Themen waren die Wirtschafts- und Währungspolitik der EWG und ihre Auswirkungen auf die Regionalentwicklung in Europa sowie einen Bericht über die Zivilluftfahrt in Europa.

Wissenschaft und Technik

In dem von Professor Erling Petersen, Norwegen, vorgelegten Bericht wird die allgemeine Lage der wissenschaftlichen Zusammenarbeit in Europa geschildert. Die Versammlung nahm die Entschließung 546 an, in der sie die Hoffnung zum Ausdruck bringt, daß eine Einigung über die Teilnahme Europas an der Verwirklichung und Finanzierung des Apollo-Nachfolgeprogramms erzielt werden kann.

Bevölkerungs- und Flüchtlingsfragen

In der Empfehlung 706 forderte die Versammlung die Regierungen auf, dem Roten Kreuz und anderen gemeinnützigen Organisationen bei der Ausarbeitung und Koordinierung von Hilfsprogrammen zum Wiederaufbau und zur wirtschaftlichen Entwicklung der verschiedenen Gebiete Indochinas durch eine spürbare Unterstützung behilflich zu sein.

2. Teil der XXV. Sitzungsperiode

Politische Debatte

Die Entspannung zwischen Ost und West, die Neudefinierung des Verhältnisses zwischen den Vereinigten Staaten, Kanada und den europäischen Staaten sowie die künftige Aufgabe des Europarates im Rahmen der Verwirklichung der europäischen Integration waren

-5-

Gegenstand der politischen Debatte.

Weitere aktuelle Ereignisse waren die Ansprache der israelischen Ministerpräsidentin, Frau Golda Meir, der eine eingehende Debatte folgte. Nachdem der Politische Ausschuß zur Frage der Freizügigkeit von Personen in Europa eine Dringlichkeitsdebatte beantragt hatte, nahm die Versammlung die Entschließung 557 an, in der sie die Notwendigkeit betont, daß die Mitgliedsstaaten ihre gemeinsame Verantwortung anerkennen, Versuchen, durch Gewaltakte und verbrecherische Drohungen Entscheidungen zu erzwingen, entschieden zu widerstehen.

Kultur- und Bildungswesen

Die Freiheit der Meinungsäußerung und die Rolle des Künstlers in der europäischen Gesellschaft waren Gegenstand eines Berichtes, den Abgeordneter Franz Karasek der Versammlung vorlegte. Den zweiten Bericht, betreffend den Stand der kulturellen Zusammenarbeit in Europa, legte der deutsche Abgeordnete Kahn-Ackermann vor. Die während eines Kolloquiums behandelten Themen waren Gegenstand einer angeregten Debatte, in deren Verlauf die Parlamentarier ihre Befürchtungen zum Ausdruck brachten, daß zwischen Ost und West eine Einigung zustandekommt, durch welche die freie Meinungsäußerung von Schriftstellern und Künstlern Schaden erleiden könnte. In den Empfehlungen 718 und 719 sowie in der Entschließung 533 und der Direktive 341 wurden die Schlußfolgerungen zusammengefaßt.

Vom 4. bis 7. Juli 1973 fand in Zürich eine Tagung für den europäischen Denkmalschutz statt. Die Kampagne wird ihren Höhepunkt im Europäischen Jahr des Denkmalschutzes 1975 finden.

Rechtsdebatte

Anlässlich des 25. Jahrestages der Allgemeinen Menschenrechts-erklärung und des 20. Jahrestages der Europäischen Menschenrechtskonvention gab der französische Abgeordnete Pérnidier einen Überblick über die Erfolge im Bereich des Schutzes der Menschenrechte seit der Annahme dieser beiden Urkunden. Die Europäische Menschenrechtskonvention übernahm die wesentlichen Grundsätze der Erklä-

-6-

rung der Menschenrechte und machte sie rechtsverbindlich. Es wurden zwei Organe ins Leben gerufen, die über ihre Anwendung zu wachen haben: die Kommission und der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte. Der Bericht über die Allgemeine Menschenrechtsdeklaration der Vereinten Nationen gab Gelegenheit zu einer Debatte über die Geschehnisse in Chile. Die Versammlung nahm die Empfehlung 715 an, in der u.a. das Ministerkomitee aufgefordert wird, dem Internationalen Institut für Menschenrechte (René-Cassin-Stiftung) die erforderliche Unterstützung zu gewähren.

Die 8. europäische Justizministerkonferenz fand am 14. und 15. Juni 1973 in Stockholm statt.

Umweltfragen

Josef Reichl berichtete der Versammlung im Namen des Ausschusses für Raumordnung über die Ergebnisse der Europäischen Ministerkonferenz für Umweltfragen, die vom 28. bis 30. März 1973 in Wien stattfand. Diese Vorschläge wurden in der Empfehlung 720 aufgegriffen und umfassen

- eine gemeinsame Politik des Landschaftsschutzes in Europa
- einen energischen Schutz der Tierwelt
- die Intensivierung der Aufklärungs- und Öffentlichkeitsarbeit durch den Einsatz des Europäischen Informationszentrums für Naturschutz
- die Ausarbeitung von Grundsätzen zur Bestimmung der Rechte und Pflichten des Einzelnen in bezug auf seine Umwelt
- die Beteiligung der kommunalen und regionalen Gebietskörperschaften an der Ausarbeitung und Durchführung einer Umweltpolitik.

In der Empfehlung 720 wird von einer Zusammenfassung der zwischenstaatlichen Ausschüsse gesprochen, wodurch eine Koordinierung vor allem der Arbeiten auf diesen Gebieten ermöglicht würde.

Die zweite europäische Raumordnungs-Ministerkonferenz fand vom 25. bis 27. September 1973 in La Grande-Motte statt.

Wirtschaft und Verkehr

Die Probleme der Straßenverkehrssicherheit (Anlegen von Sicherheitsgurten, Geschwindigkeitsbeschränkung), der Verstopfung der Verkehrswege in den Städten sowie der Schnellverbindungen zwischen

europäischen Städten waren Themen der Debatte über Verkehrs-politik in Europa, zu welcher der niederländische Minister Westerterp berichtete.

Die Versammlung nahm ferner den Tätigkeitsbericht der EFTA entgegen, der vom amtierenden Präsidenten, dem schwedischen Minister Lidbom, vorgelegt wurde.

Bevölkerungsfragen

Die Gastarbeiter und das Problem ihrer Integration in das Gastland (Unterbringung, Familienzusammenführung, Teilnahme am Leben der Gemeinden, Sprachunterricht, Berufsausbildung, gleiche Bezahlung) waren Gegenstand zweier Berichte im Rahmen der Debatte. Pierre Schneiter appellierte erneut an die Regierungen, den Entwurf des Gastarbeiterstatuts anzunehmen, in dem die dringendsten Hilfsmaßnahmen vorgesehen sind.

Sozialfragen

Das Verbot jeglicher Werbung für Tabak und Alkohol in Presse, Rundfunk und Fernsehen, die strenge Bestrafung von Kraft-fahrern unter Alkoholeinfluß, die Erforschung der sozialen und psychologischen Ursachen des übermäßigen Tabak- und Alkoholgenusses waren die wesentlichen Punkte eines Berichts, den der holländische Abgeordnete Voogd vorlegte. Ferner wurde eine Empfehlung zur Überwachung der Anwendung der Sozialcharta angenommen. Vom 11. bis 15. September 1973 fand in Nizza die dreizehnte europäische Konferenz der Familienminister statt.

3. Teil der XXV. Sitzungsperiode

Politische Debatte

Die Politische Debatte der Beratenden Versammlung galt in dieser Jänersitzung der Zusammenarbeit Westeuropas. Der Schweizer Berichterstatter, Nationalrat Hofer, weist in seinem Bericht nach, daß die europäische Zusammenarbeit eine schwere Krise durchmacht. Eines der betrüblichsten Kapitel gilt dem Verhalten der europäischen Staaten gegenüber dem arabischen Ölembargo. Die Krise wird sich auch auf die Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa auswirken. In der Empfehlung 726 wurden die Mitgliedsregierungen eingeladen, den Europarat endlich als politisches Organ und als wirksames Instrument für die Verbindung mit der Neunergemeinschaft zu benutzen.

Debatte über die Nichtmitgliedsländer

Der Bericht über die Lage der Juden in der Sowjet-Union wurde vom schwedischen Abgeordneten Ahlmark vorgelegt. In der Empfehlung 722 an das Ministerkomitee wurde verlangt, daß die Sowjet-Behörden aufgefordert werden sollen, die Hindernisse der Emigration für Juden aus der Sowjet-Union zu beseitigen und der jüdischen Gemeinschaft ihre kulturellen und religiösen Rechte zu garantieren, sowie die antisemitische Propaganda zu verbieten, und damit die Ost-West-Beziehungen weiter zu verbessern.

Die Mitgliedstaaten des Europarates werden aufgefordert, ihren Einfluss auf die Restaurierung eines demokratischen Systems in Griechenland geltend zu machen, damit dieses Land bald wieder dem Europarat eingegliedert wird.

Wirtschaftsdebatte

Der OECD-Jahresbericht wurde vom Generalsekretär Emile van Lennep vorgelegt, der internationale Konsultationen innerhalb der OECD vorschlägt um noch größere Energiekrisen zu vermeiden. Die Anwesenheit der parlamentarischen Delegationen Kanadas und der Vereinigten Staaten wurde als besonders positiv von der Versammlung aufgenommen. Die Rolle der OECD in der Energiekrise war ein Hauptpunkt der Debatte.

- 9 -

Regionalplanung und Gemeindeangelegenheiten

Die Gefahren der Verstädterung im industrialisierten Europa und die Notwendigkeit einer ausgleichenden Entwicklung in ländlichen Gebieten und in den Grenzregionen durch den Ausbau besserer Verkehrsverbindungen sowie die Bedeutung der technischen Zusammenarbeit, waren die Hauptpunkte der Debatte. Die Versammlung regt die Organisation eines Symposiums für den internationalen Schutz der europäischen Gewässer an.

Landwirtschaft

In der Empfehlung 724 werden die Mitgliedsregierungen aufgefordert, die verschiedenen Konventionen (Washington, Genf, London, 1959, 1964, 1967) zu ratifizieren und eine internationale Konferenz gegen die Ausbeutung der Fischgewässer im Rahmen des Europarates zu organisieren.

Europäischer Zivildienst

Die Versammlung verlangt einen einheitlichen europäischen Zivildienst für alle europäischen zwischenstaatlichen Organisationen außerhalb der Vereinten Nationen, nach dem Modell der Strukturen der europäischen Gemeinschaften.

Karl Ekerleb